

Lehrkräftemangel als Herausforderung

Bildungsministerin Karin Prien spricht in Bargteheide mit Lehrern und Eltern über die Zukunft von Schule

Finn Fischer

Im Schnitt liegt der Lehrkräfteversorgung im Land Schleswig-Holstein bei rund 100 Prozent. Das klingt gut, ist es aber nur auf den ersten Blick. Es bedeutet, dass rein rechnerisch kein Unterricht ausfallen muss, weil es für den regulären Unterricht genügend Lehrkräfte gibt. Nicht berücksichtigt dabei: Krankheitsfälle, Elternzeiten, längere Ausfälle, oder regionale Unterschiede. Es gibt zwar Vertretungslehrer, doch die können nicht alles auffangen. Die Folge: Unterrichtsausfälle.

Lehrkräftemangel nicht zu beheben

Bildungsministerin Karin Prien sprach in Bargteheide mit Lehrkräften und Eltern über die Zukunft von Schule. Die größte Herausforderung: Ein Mangel an Lehrkräften, der sich wohl auf absehbare Zeit nicht lösen lässt. Wenn das Land nur genügend Anreize schafft, werden die Lehrkräfte schon



Auf Einladung der Lions kam Bildungsministerin Karin Prien nach Bargteheide. Moderiert wurde die Veranstaltung von Prof. Clemens Gause.
Foto: Finn Fischer

kommen. An diese These, die an dem Abend geäußert wurde, glaubt Bildungsministerin Karin Prien nicht. „Wir werden uns intelligentere Lösungen überlegen müssen. Denn wir werden diese Menschen auf dem Arbeitsmarkt nicht finden“, sagte die Landespolitikerin nach einer Forderung aus dem Publikum, die Lehrkräfteversorgung auf über 125

Prozent anzuheben. „Wir werden mit Mühe dafür sorgen können, die Altersabgänge aus den Kollegien und den Anstieg der Schülerzahlen zu kompensieren. Das ist die Realität“, erklärte Prien. Gefordert hatte die 125 Prozent Schulleiterin Andrea Aust von der Emil-Nolde-Schule in Bargteheide. Wie viele Schulen hat auch die Grundschule mit den

Folgen des Fachkräftemangels zu kämpfen. Andrea Aust kritisierte bei der Diskussion den ihrer Meinung nach zu geringe Lehrkräfteversorgung: „100 Prozent ist das Minimum dessen, was an Schulen benötigt wird und ich weiß nicht, ob das Minimum das Ziel sein soll.“ Nötig, so die Schulleiterin, seien eigentlich 125 Prozent. Sie plädierte daher auch für eine Verkürzung der Studienzeit beim Grundschullehramt.

Dass das so kommen wird, sagte die Bildungsministerin nicht zu. Allerdings will das Land etwa mit einer Flexibilisierung beim Berufseinstieg und neuen, angepassten Studiengängen erreichen, mehr neue Lehrkräfte zu generieren. Auch der Wechsel vom Gymnasialen ins Grundschullehramt soll vereinfacht werden. Gegenüber dem Quereinstieg in den Lehrerberuf zeigte sich Prien skeptisch.

Neben Lehrkräften und Schulleitungen waren auch Lokalpolitiker unter den Gästen. Unter anderem Dagmar Danke-Bayer, Stadtver-

ordnete der Grünen in Bad Oldesloe, die ihre Fraktion im Bildungs-, Sozial- und Kulturausschuss vertritt. Sie berichtete von den Bemühungen in der Kreisstadt, mehr Sozialarbeiter an die Schulen zu bekommen und kritisierte die mangelhafte finanzielle Beteiligung seitens des Landes. „Ich stehe in engem Kontakt mit unseren Schulen und weiß, wie überlastet die Lehrer dort sind. Das hat nicht nur etwas mit Lehrermangel zu tun, sondern auch damit, dass sie Aufgaben übernehmen müssen, für die sie eigentlich gar nicht ausgebildet sind“, so Danke-Bayer. Es brauche daher auch andere pädagogische Fachkräfte, Schulsozialarbeiter zum Beispiel. Doch Bad Oldesloe könne das finanziell nicht allein leisten. „Wir möchten dringend ans Land appellieren, dass es hier finanzielle Verantwortung übernimmt“, so Dagmar Danke-Bayer.

Auf die Regelung der Kostenaufteilung verwies in ihrer Antwort Karin Prien. Doch offenbar kommt diese Vorgabe des Landesrech-

nungshofes nicht in der Realität an. Das Land, so Prien, gebe im Jahr ca. 17,5 Millionen Euro für die Schulsozialarbeit aus und habe aufgrund Corona nochmal fünf Millionen, wegen Ukraine weitere drei Millionen zur Verfügung gestellt. Große Hoffnung, dass darüber hinaus mehr finanzielle Mittel fließen, machte Prien nicht. Priorität genießt die Lehrer-versorgung.

Zwangsversetzung funktioniert nicht

Doch selbst das wird schwer. Dabei gebe es eigentlich genug Gymnasiallehrkräfte. „Die haben zum Beispiel auch die Eigenschaft, dass sie sehr gern in der Nähe ihres Studienortes eingesetzt werden wollen. Die möchten in Kiel unterrichten oder in Flensburg und nicht so gern im Herzogtum-Lauenburg“, sagt Karin Prien und gesteht ein, dass das Instrument der Zwangsversetzung in der Praxis nicht mehr funktioniert: „Die gehen dann einfach woanders hin.“